

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat

An den Vorsitzenden des  
Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen  
Herrn Bernd Petelkau

Frau  
Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 25.01.2016

**AN/0200/2016**

**Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	25.01.2016

**Sicherheit im öffentlichen Raum**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
die antragstellenden Fraktionen bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales am 26.01.2015 aufzunehmen:

**Beschluss:**

I. Die Verwaltung wird beauftragt,

- a. aus gegebenem Anlass kurzfristig Zielsetzungen und Maßnahmen darzustellen, wie die Sicherheit im öffentlichen Raum – insbesondere in Innenstadtbereichen wie z.B. Domumgebung, HBF, Rheinufer und Plätzen- in enger Kooperation mit der Polizei unter Berücksichtigung der jeweiligen gesetzlichen Verantwortlichkeiten erhöht werden kann.
- b. dem Rat in der nächsten Ratssitzung ein Sicherheitskonzept für den öffentlichen Raum für die bevorstehenden Karnevalstage vorzulegen.
- c. darzulegen, inwieweit der Ordnungsdienst auf Basis des Stellenplanbeschlusses vom 23.06.2015 bereits personell verstärkt wurde.

- d. zu prüfen, ob und wie im Rahmen des Konzeptes „Mehr Präsenz und Ahndung durch personell verstärkten Ordnungsdienst“ die Präsenz und der Einsatz – vor allem im Innenstadtbereich – durch eine zeitlich vorgezogene Besetzung weiterer 60 Planstellen optimiert werden können. Dabei ist das besagte Konzept in der Fassung vom Juni 2015 entsprechend anzupassen.
- e. zu prüfen, wie eine Ordnungspartnerschaft für den Bereich Dom/ Hauptbahnhof und Altstadt mit den zuständigen Stellen der Landes- und Bundespolizei eingerichtet werden kann.
- II. a. Sofortmaßnahmen zur Umfeld-Verbesserung der Domumgebung einzuleiten, z.B. durch die Beleuchtung der Unterführung Johannisstraße, eine Erhöhung der Reinigungsfrequenz, um der Vermüllung entgegenzuwirken, das Aufräumen von vorhandenen Baustellen.
- b. zu prüfen, ob und wie durch die Einrichtung einer „Sicherheitszone Dom / Domumgebung“ die Menschen und die Hohe Domkirche vor Beeinträchtigungen besser geschützt werden können.
- III. Der Ausschuss fordert die Landesregierung auf, die Polizei und Justiz in Köln personell so auszustatten, dass das ausgegebene Ziel, „Köln zur sichersten Millionenstadt zu machen“, endlich erreicht werden kann.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Begründung der Dringlichkeit:**

Es besteht akuter Handlungsbedarf.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Niklas Kienitz  
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Jörg Frank  
GRÜNE-Fraktionsgeschäftsführer